Stellungnahme von Maria 2.0 zur Debatte um die Nominierung von Prof. Frauke Brosius-Gersdorf

17. Juli 2025

Die öffentliche Debatte um die Nominierung von Prof. Frauke Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht legt offen, welche Kampagne im Vorfeld der Wahl gegen sie geführt wurde. Wie Politikerinnen und Politiker aus dem konservativen Spektrum sich dabei zu Handlangern einer rechten Kampagne machen ließen, schadet dem Ansehen ihrer Parteien – und dem Vertrauen in staatliche Institutionen.

Hinzu kommt die unrühmliche Rolle, die Vertreter der katholischen Kirche in dieser Diskussion spielen. Schon im Vorfeld haben Bischof Oster (Bistum Passau) und Bischof Vorderholzer (Bistum Regensburg) schriftlich gegen die Nominierung von Brosius-Gersdorf auf ihren Bistumsseiten Stellung bezogen. Der Bamberger Erzbischof Gössl griff das Thema in einer Predigt auf, in der er von einem *„Abgrund der Intoleranz und Menschenverachtung“* sprach, in den wir gleiten würden, wenn die Verantwortung vor Gott aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinde. Die Nominierung der Juristin erklärte er zum *„innenpolitischen Skandal“*.

Das sind Formulierungen, die mehr polarisieren als zur sachlichen Auseinandersetzung beitragen. Die Kirche befeuert damit die Argumentation konservativer und rechter Akteure in einem politischen Streit – scheinbar reflexartig und ohne sich im Detail mit den juristischen Positionen von Brosius-Gersdorf zum Schwangerschaftsabbruch auseinandergesetzt zu haben.

Damit trägt sie zur Eskalation bei – nicht durch differenzierte, fundierte Kritik, sondern durch pauschale moralische Alarmrufe. Und das ist gefährlich für einen demokratischen Diskurs, der auf Fakten, Differenzierung und gegenseitigem Respekt basiert.

Die Kirche hat in bioethischen Fragen wie dem Lebensschutz eine klare Position – das ist ihr gutes Recht. Wer jedoch in politische Entscheidungsprozesse eingreift, ohne die Faktenlage zu prüfen, gefährdet nicht nur den konstruktiven Dialog, sondern auch die Glaubwürdigkeit eigener moralischer Ansprüche.

In einer pluralistischen Gesellschaft geht es gerade bei kontroversen Themen wie dem Schwangerschaftsabbruch darum, tragfähige rechtliche Lösungen zu finden – nicht durch Schwarz-Weiß-Moral, sondern durch offene, faire Debatten. Wer Verantwortung in der Öffentlichkeit trägt, sollte sorgfältig abwägen, bevor er urteilt.

Deshalb setzen wir im demokratischen Streit auf Argumente – nicht auf moralischen Druck oder dogmatische Entmündigung. Nur so lassen sich schwierige Fragen verantwortungsvoll verhandeln, ohne das Vertrauen in unsere Institutionen und rechtsstaatlichen Verfahren zu beschädigen.

Übrigens: Wenn die katholische Kirche – in der Person des Bamberger Erzbischofs Herwig Gössl – von einem *„Abgrund der Intoleranz“* spricht, sollte sie sich zunächst an die eigene Nase fassen: etwa beim Thema Menschenrechte, bei der Gleichstellung von Frauen oder beim Umgang mit queeren Menschen.

Kirchliche und bischöfliche Moralansprüche werden spätestens dann unglaubwürdig, wenn – wie zuletzt in Köln – deutlich wird, wie Schwangerschaftsabbrüche zur Vertuschung sexualisierter Gewalt durch Priester genutzt und gedeckt wurden. Ganz zu schweigen von den juristischen Winkelzügen, mit denen sich die Verantwortlichen dort offenkundig der Aufarbeitung zu entziehen versuchen.

Für Maria 2.0 Deutschland:
Mechthild Exner-Herforth, Paul Ulbrich, Altfrid Norpoth
maria2.0essen.norpoth@gmail.com 0151 41836774

Maria 2.0 Deutschland ist der Zusammenschluss von über 100 Ortsgruppen der Bewegung Maria 2.0. Seit 2019 setzen sich engagierte Christinnen und Christen verschiedener Altersgruppen und sexueller Orientierungen für die Überwindung von Machtmissbrauch und für tiefgreifende Reformen in der römisch-katholischen Kirche ein, für eine Kirche in der Nachfolge Jesu.